

Die Katholische Landeskirche darf Adebar auch in Zukunft unterstützen

Seit ihrer Gründung wird Adebar, die Beratungsstelle für Familienplanung, Sexualität, Schwangerschaft und Partnerschaft Graubünden, von der Katholischen und der Evangelisch-reformierten Landeskirche jährlich unterstützt. Dem Bistum Chur war der Beitrag von 15'000 Franken der katholischen Landeskirche ein Dorn im Auge und die Verantwortlichen gingen deswegen bis vor Bundesgericht. Nun hat das Bundesgericht der bischöflichen Klage eine Absage erteilt. Geschäftsstelle und Vorstand von Adebar freuen sich, dass mit dem Urteil endlich Klarheit geschaffen wurde.

Die Fachstelle Adebar bietet im Auftrag des Kantons Graubünden politisch und konfessionell neutrale Beratungen und Bildung rund um Fragen von Partnerschaft, Familienplanung, Sexualität und Schwangerschaft. In ihrer Arbeit wird die Fachstelle unter anderem mit einem finanziellen Zuschuss der Evangelisch-reformierten und der Katholischen Landeskirche unterstützt. Das Bistum Chur stört sich, dass Adebar in ihrer Tätigkeit über Verhütung, Fortpflanzungsmedizin, Sexualität und den offenen Ausgang bei Schwangerschaftskonflikten informiert. Adebar widerspreche damit zu einem grossen Teil der katholischen Lehre. Im Oktober 2012 versuchten darum die Vertreter des Bistums Chur erfolglos im Kirchenparlament, dem Corpus Catholicum, die Streichung der finanziellen Unterstützung zu erwirken. Es folgte ein sechs Jahre dauernder Rechtsstreit zwischen Bistum und katholischer Landeskirche, der nun mit dem Entscheid des Bundesgerichtes endet. Das Bundesgericht weist die Klage des Bistums ab und bestätigt das Urteil des Bündner Verwaltungsgerichtes. „Es sei nicht erkennbar, in welcher Art und Weise die Glaubens- und Religionsfreiheit des Bistums und seiner Exponenten durch die Unterstützung von Adebar eingeschränkt würde“, so das Urteil. Der Entscheid ist somit zugunsten der Katholischen Landeskirche und damit auch zugunsten von Adebar ausgefallen.

Adebar ist erfreut über den Ausgang und kann sich nach dem Urteil endlich wieder voll und ganz ihren Aufgaben in Bildung und Beratung zuwenden.